

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Der Intendant

18. September 2014

Ihr Schreiben vom 23.08.2014 Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz
Köln und Berlin

Sehr geehrte Frau Müller,

wir beziehen uns auf Ihre Anfragen vom 23. August 2014, hier eingegangen am 26. August 2014. Sie möchten Einsicht in die Mapping-Studie betreffend die Deutschlandradio-Programme nehmen. Sie stützen Ihr Anliegen auf die Informationsfreiheitsgesetze Berlins und Nordrhein-Westfalens.

Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich Ihnen die Studie nicht zur Verfügung stelle. Sie enthält eine Analyse nicht nur der Stärken, sondern auch der Schwächen unserer Programme. Die Veröffentlichung einer solchen Analyse nutzte unseren publizistischen Wettbewerbern.

Deutschlandradio ist zur Veröffentlichung der Studie gesetzlich auch nicht verpflichtet. Unser Haus unterliegt weder dem IFG Berlin noch dem IFG NRW. Das IFG NRW gilt nach seinem § 2 Abs. 1 Satz 1 „für die Verwaltungstätigkeit der (...) der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts“. Dies sind die juristischen Personen, die das Recht des Landes Nordrhein-Westfalen errichtet. Deutschlandradio indessen ist eine Körperschaft aller sechzehn Bundesländer, seine Rechtsgrundlage ist der von den Ländern geschlossene Deutschlandradio-Staatsvertrag. § 31 Abs. 1 Deutschlandradio-Staatsvertrag sieht vor, dass alle sechzehn Landesregierungen gemeinsam die Rechtsaufsicht über Deutschlandradio ausüben, nicht etwa nur jene des Landes Nordrhein-Westfalen. Deutschlandradio ist keine der in § 2 Abs. 1 Satz 1 IFG NRW genannten juristischen Personen.

Dasselbe gilt für das IFG Berlin. Es ist gemäß seinem § 2 Abs. 1 Satz 1 anzuwenden auf die „Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen (insbesondere nicht rechtsfähige Anstalten, Krankenhausbetriebe, Eigenbetriebe und Gerichte) des Landes Berlin, den landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (§ 28 des Allgemeinen Zuständigkeits-

gesetzes) und gegenüber Privaten, die mit der Ausübung hoheitlicher Befugnisse betraut sind (öffentliche Stellen)“. Unter diesen Katalog fällt Deutschlandradio offensichtlich nicht. Deutschlandradio ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, mangels einer Staatsaufsicht aber nicht landesunmittelbar.

Selbst wenn die beiden IFGe das Deutschlandradio an sich erfassten, ergäbe sich trotzdem keine Pflicht, die Studie zugänglich zu machen. Die Studie trifft umfassende Aussagen zu Inhalt, Gestaltung und Wahrnehmung der Programme. Die Programmgestaltung einschließlich der ihr zugrunde liegenden programmlich-redaktionellen Überlegungen ist einem gesetzlich angeordneten Auskunftsanspruch vorzuenthalten. Zur Programmgestaltung zählt im Kern die Planung einzelner Sendeformate, auch wenn sie sich auf eine Studie der hier in Rede stehenden Art stützt. Dem Gesetzgeber ist es untersagt, den Rundfunk zu verpflichten, entsprechende Überlegungen öffentlich zu machen. Andernfalls nähme er einen mittelbaren Einfluss auf die Programmgestaltung.

Schließlich markieren beide IFGe den Vorbehalt, dass eine Verpflichtung zur Auskunft nicht besteht für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Die Kenntnis einer detaillierten Bewertung einzelner Eigenschaften der Programme des Deutschlandradios durch die Hörerschaft erlaube es den öffentlich-rechtlichen und den privaten Konkurrenzangeboten, die dabei festzustellenden Defizite zum eigenen Vorteil zu nutzen. Die Stellung von Deutschlandradio im publizistischen Wettbewerb würde geschwächt. Dies müsste Deutschlandradio auch dann nicht hinnehmen, wenn es an sich einem IFG unterläge.

Ich darf Sie schließlich auch darüber informieren, dass sich sowohl der Programmausschuss als auch der gesamte Hörfunkrat mit der Mapping-Studie und den Veränderungen in den Programmen von Deutschlandradio in den letzten zwei Jahren wiederholt befasst haben. Der Vorsitzende des Hörfunkrates hat bei der öffentlichen Sitzung des Hörfunkrates in der vergangenen Woche noch einmal unterstrichen, dass das Gremium kontinuierlich über die Programmänderungen informiert wurde.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Willi Steul